



„Komfortzonen in der Staatsindustrie“

Staatsbetriebe. In einer ÖGB-Diskussion über die neue Staatsholding ÖBIB warnte ÖBB-Präsidentin Brigitte Ederer vor Machtfülle und Trägheit in öffentlichem Eigentum.

Wien. Ob sie ÖIAG heißt oder nun ÖBIB - wenn es um die Staatsholding geht, ist Claus Raidl in seinem Element. In fünf Minuten spulte er am Mittwochabend vor dem zahlreich erschienenen Publikum in der ÖGB-Zentrale 70 Jahre österreichische Industriegeschichte ab - von der Verstaatlichung nach 1945 bis zur „Selbsterneuerungsjagdgesellschaft“ - wie Hannes Androsch den sich aus den eigenen Reihen rekrutierenden Aufsichtsrat der bisherigen ÖIAG nannte.

Dieses unter Schwarz-Blau im Jahr 2000 installierte System - „ich war dafür, weil es die Chance auf Entpolitisierung bot“ - erwies sich als Fehler, so Raidl. Weshalb er die neue ÖBIB für eine gute Lösung hält. Darüber herrschte bei den Diskutanten trotz verschiedener

politischer und ideologischer Zugänge Einigkeit. Ebenso darüber, dass es richtig sei, dass die ÖBB und die Autobahngesellschaft Asfinag nicht unter das Dach der ÖBIB gekommen sind und beim Verkehrsministerium bleiben. Dafür hatten sich im Vorjahr ÖBB-Konzernbetriebsratschef Roman Hebenstreit (FSG) und Asfinag-Konzernbetriebsratschef Roman Grunerbl (FCG) starkgemacht.

Unternehmen, vor allem im Infrastrukturbereich, deren Ziel auch die Versorgungssicherheit sei, müssten in staatlicher Hand bleiben, meinten auch ÖBB-Präsidentin Brigitte Ederer und die Vorsitzende der „Protestsektion“ 8 SPÖ Wien Alsergrund, Eva Maltschnig.

Ederer sprach ein Problem offen an, das oft nur hinter vorgehal-

tener Hand behandelt wird: In Staatsbetrieben gebe es „Komfortzonen“, eine Trägheit, die die Wettbewerbsfähigkeit schmälere. Gleichzeitig komme es nicht selten zu Machtkonzentration.

Da konnte Androsch nur zustimmen: „Der Ruhaltinger war Generaldirektor, der Apfalter Außenhandelsminister und der Kreisky Zentralbetriebsratsobmann - das hat uns 100 Mrd. Schilling gekostet.“ Tatsächlich war Ersterer der Voest-Betriebsratschef, Apfalter Konzernchef und Kreisky Kanzler.

Niemand hindere die Politik daran, fähige Manager abseits des Parteibuchs einzusetzen, meinte Raidl. Die Politik müsse sich vor allem aber fragen, was sie wirklich will: „Niemand redet von Industriepolitik“, kritisierte Ederer. (eid)